



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
KREIS CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF

Beschlussbuch

der

Kreisdelegiertenversammlung
der
SPD Charlottenburg-Wilmersdorf

vom 14. Juni 2019

SPD Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100 | 10585 Berlin

Kontakt

isabel.herrmann@spd.de
Telefon: (030) 86 31 38 75
Telefax: (030) 86 31 38 76

Sprechzeiten: Di 15-17 Uhr | Mi und Do 10- 12 Uhr
Internet: www.spd-citywest.de

Kontoverbindung: Berliner Sparkasse
IBAN: DE69 1005 0000 0190 7189 51
BIC: BELADEV3333

01 **Antrag 1/II/2019**

02 *Abteilung 76 (Rund um den Karl-August-Platz)*

03

04 *Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf hat beschlossen:*
05 *Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:*

06

07 **Die Attraktivität der wachsenden Stadt erhalten für alle**

08

09 Wir fordern

10

- 11 – die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats auf, sich dafür einzusetzen, dass die gesetzli-
12 chen Regelungen zur Erhöhung der Wohnraum-Miete auf die ortsübliche Vergleichsmiete
13 (Mietspiegel-Mieterhöhung, § 558 BGB) für einen Zeitraum von 5 Jahren für Gebiete mit be-
14 sonderer Marktanspannung außer Kraft gesetzt wird.
- 15 – einen qualifizierten Mietspiegel als bundesrechtliche Grundlage für die Erstellung des Miet-
16 spiegels. Dieser ist dergestalt anzupassen, dass der Erhebungszeitraum auf die jeweils 10 zu-
17 rück liegenden Jahre ausgedehnt wird, sowie bei der Erhebung alle Mieten – also auch Be-
18 standsmieten – mit der Quote ihres Vorhandenseins berücksichtigt werden
- 19 – die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses auf, sich im Wege einer Bun-
20 desratsinitiative dafür einzusetzen, dass die gesetzlichen Regelungen zur Umlage von Mo-
21 dernisierungs-Mieterhöhungen (§ 559 ff. BGB) ersatzlos entfallen.

22

23

24

25 **Antrag 3/II/2019**

26 *Abteilung 76 (Rund um den Karl-August-Platz)*

27

28 *Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf hat beschlossen:*
29 *Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:*

30

31 Um Bodenspekulationen zu bekämpfen, sollen Senat und Bezirke im Rahmen der bestehend Mög-
32 lichkeiten Baugebote durchsetzen. Diese sollen genutzt werden, um insbesondere sozialen Woh-
33 nungsbau zu realisieren.

34

35 **Begründung:**

36

37 Es gibt zu viele Investoren, die sich nicht den Mietern, sondern der Rendite für ihre Aktionäre ver-
38 pflichtet fühlen. Weil es kaum noch Zinsen gibt, steigen Investoren bevorzugt bei Immobilien ein und
39 verursachen Probleme: Beispielsweise gibt es in Berlin Grundstücke, die seit Jahren brach liegen.
40 Deren Eigentümer spekulieren auf Wertsteigerungen, oder sie wollen sich nicht darum kümmern.
41 Das ist nicht hinnehmbar, wenn zur gleichen Zeit viele Menschen eine Wohnung suchen. Die Ge-
42 meinschaft hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Grundstücke einen Wert haben – sie hat die
43 Gebiete erschlossen, hat Straßen gebaut und Gehwege angelegt. Deswegen kann sie verlangen, dass
44 Eigentümer bereit sind, ihre Grundstücke zu nutzen.

45

46 Das lässt sich mit Hilfe von Baugeboten durchsetzen: Baureife Grundstücke müssen genutzt oder
47 verkauft werden.

48

49 Wenn die Eigentümer das nicht tun, sind empfindliche Strafen zu verhängen. Wenn auch das nicht
50 hilft, muss das Grundstück zu einem politisch zu bestimmenden Wert in den Besitz der Stadt Berlin
51 übergehen. DENN: In Artikel 14 des Grundgesetzes steht: Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll

52

01 zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Und im Baugesetzbuch steht: Wenn es in einer Kom-
02 mune an Wohnungen mangelt, kann sie Baugebote aussprechen.

03
04 Wenn man die Stimmung in der Stadt und bei den Demonstrationen in den Straßen bedenkt, wird es
05 Zeit, dass der Berliner Senat das durchsetzt.

06
07
08

09 **Antrag 4a/II/2019**

10 *Abteilung 97 (Wilmersdorf-Süd)*

11

12 *Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf hat beschlossen:*

13 *Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:*

14

15 **Künstlerkolonie rekommunalisieren**

16

17 Der Senat von Berlin wird aufgefordert, in Verhandlungen mit dem Wohnungskonzern Vonovia mit
18 dem Ziel einzutreten, die „Künstlerkolonie“ in Wilmersdorf durch Rückkauf wieder in das Eigentum
19 einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft zu überführen. Das bestehende Belegungsrecht der
20 Bühnengenossenschaft ist dabei vollumfänglich zu erhalten.

21

22

23

24 **Antrag 4b/II/2019**

25 *Abteilung 97 (Wilmersdorf-Süd)*

26

27 *Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf hat beschlossen:*

28 *Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:*

29

30 **Breitenbachplatz weiter entwickeln und studentischen Wohnraum schaffen**

31

32 Wir fordern den Abriss der Autobahnbrücke über den Breitenbachplatz und die Neuordnung des
33 Straßenraumes einschließlich des Verkehrsflusses.

34

35 Die freiwerdenden Flächen, die durch Neuordnung der Verkehrsflüsse und eine Verschmälerung der
36 Schildhornstraße entstehen, werden für die Errichtung von modernen Studierendenwohnheimkon-
37 zepten durch eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft genutzt.

38

39

40

41 **Antrag 5/II/2019**

42 *Abteilung 78 (Neu-Westend)*

43

44 *Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf hat beschlossen:*

45 *Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:*

46

47 **Arbeitsbedingungen für Pflegefachpersonen in der Kranken- und Altenpflege sowie in der 48 ambulanten Pflege**

49

50 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhauses von Berlin
51 auf, sich dafür einzusetzen, dass in die entsprechenden Tarifverträge Regelungen aufgenommen

52

01 werden, die die Arbeitsbedingungen für Pflegefachpersonen in der Kranken- und Altenpflege sowie
02 in der ambulanten Pflege verbessern.

03
04 Diese sollen in Zusammenarbeit mit Arbeitgebern und Gewerkschaften erarbeitet werden. Im Einzel-
05 nen handelt es sich dabei vor allem um

- 06
- 07 – die Förderung der Personalentwicklung, insbesondere regelmäßiger
 - 08 Personalentwicklungsgespräche,
 - 09 – die Förderung der Fort- und Weiterbildung, auch der Fort- und Weiterbildung in Teilzeit für
 - 10 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit familiären Verpflichtungen,
 - 11 – die deutlich stärkere Beteiligung der Pflegefachpersonen für die Arbeitszeit- und
 - 12 Dienstplangestaltungen und das Aufsetzen von Pilotprojekten, bei denen die Arbeitszeit- und
 - 13 Dienstplangestaltung der jeweils untersten Leitungsebene obliegt,
 - 14 – das Übertragen der Zuständigkeiten für Arbeitszeit- und Dienstplangestaltungen an die
 - 15 Pflegefachpersonen in der jeweils untersten Leitungsebene sowie um
 - 16 – die Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz.
- 17

18 **Begründung:**

19
20 Krankenhäuser, Altenheime und ambulante Pflegedienste haben zunehmend Schwierigkeiten, für die
21 vorhandenen und finanzierten Stellen für Pflegefachpersonen ausreichend Bewerberinnen zu finden.
22 Einzelne Stationen in Krankenhäusern und Pflegeheimen sowie einzelne ambulante Pflegedienste
23 können nicht mehr betrieben werden, weil Schichten nicht mehr angemessen besetzt werden
24 können. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen zahlen Prämien für die Vermittlung wechselwilliger
25 Pflegefachpersonen – von bis zu € 8.000 ist in München die Rede.

26
27 Dieses Problem wird in Zukunft – demografiebedingt – noch größer werden. Die Bevölkerung wird
28 älter; das Risiko, stationär behandlungsbedürftig und/oder pflegebedürftig zu werden, steigt, und
29 demzufolge wird die Zahl der Patienten und Pflegebedürftigen weiter zunehmen. Zeitlich parallel
30 dazu wird der Anteil junger Menschen an der Gesamtbevölkerung abnehmen und damit auch die
31 Zahl derjenigen, die sich zur Pflegekraft ausbilden lassen.

32
33 Ein weiterer Grund für das Defizit an Pflegefachpersonen ist die nur kurze Verweildauer von
34 Pflegenden im Krankenhaus und Pflegeheimen nach ihrer Ausbildung; diese macht zurzeit nur ca. 8 –
35 10 Jahre aus. Wenn Pflegefachpersonen dafür gewonnen werden könnten, einen größeren Teil ihrer
36 Lebensarbeitszeit ihrem Ausbildungsberuf zu widmen, würde der Mangel an qualifizierten
37 Pflegefachpersonen zwar nicht behoben sein, die Lücke zwischen der Nachfrage nach und dem
38 Angebot an Pflegenden ließe sich damit aber deutlich schließen.

39
40 Das frühzeitige Verlassen ihrer Arbeitsstätte im Krankenhaus, im Pflegeheim oder beim Pflegedienst
41 hat viele Ursachen. Eine davon ist die Unzufriedenheit der Pflegenden mit ihren Arbeitsbedingungen.
42 So setzen 42% der im Rahmen der PflegeComeback Studie befragten aus dem Beruf ausgeschiedenen
43 und rückkehr-willigen Pflegefachpersonen für ihre Rückkehr „andere Strukturen und
44 Arbeitsbedingungen“ voraus. Dabei verstehen Pflegefachpersonen unter Arbeitsbedingungen vieles
45 mehr als nur das Arbeits-Entgelt und die Arbeitszeiten. Dazu gehören unter anderem auch die
46 familienfreundlichen Arbeitszeit- und Dienstplanregelungen, die Personalentwicklung, die Fort- und
47 Weiterbildung sowie die Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz. Vor allem erwarten die
48 Pflegefachpersonen in den untersten Leitungsebenen, dass ihnen die Zuständigkeit für das Gestalten
49 der Arbeitszeit- und Dienstplanregelungen übertragen wird.

50
51
52

01 Wenn die Arbeitszeit- und Dienstplanregelungen – mittels des Einflusses der Pflegenden selbst –
02 besser als bisher an deren Bedürfnissen ausgerichtet wird, wenn diese so gestaltet werden, dass
03 junge Mütter ihren Verpflichtungen gegenüber ihren kleinen Kindern nachkommen können, dass es
04 den Mitarbeitern im allgemeinen erleichtert wird, familiäre und berufliche Verpflichtungen besser
05 aufeinander abzustimmen, wird es gelingen, diese länger als bisher an einen Arbeitsplatz im
06 Krankenhaus, im Pflegeheim oder bei einem ambulanten Pflegedienst zu binden. Hinzu kommt, dass
07 das geforderte Übertragen der Zuständigkeiten und der damit verbundenen Verantwortung von den
08 Pflegenden als Wertschätzung wahrgenommen wird. Die Zufriedenheit mit ihrer Arbeitssituation
09 wird auch damit weiter gesteigert, die Bereitschaft, ihrer Arbeitsstätte treu zu bleiben, wird auch auf
10 diese Weise zunehmen.

11
12
13

14 **Antrag 6/II/2019**

15 *Abteilung 98 (Wilmersdorf-Nord)*

16

17 *Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf hat beschlossen:*

18

18 *Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:*

19

19 *Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:*

20

21 **Ausstieg aus der Kohle vor 2030!**

22

23 Angesichts der immer deutlicher werdenden Auswirkungen des Klimawandels ist ein Ausstieg aus der
24 Braun- und Steinkohle vor 2030 dringend nötig. Hier liegt das größte Einsparpotential für CO2-
25 Emissionen.

26

27 Der Parteivorstand wird daher dazu aufgefordert,

28

- 29 – eine Nachverhandlung des Kohlekompromisses in den Entwurf des Wahlprogramms für die
30 nächste Bundestagswahl aufzunehmen (spätestens für die Wahl 2021).
- 31 – die Ergebnisse der Verhandlungen der Kohlekommission in dem Sinne in die anstehende
32 Halbzeitbilanz der großen Koalition mit aufzunehmen, dass deutlich wird, dass die derzeitigen
33 Anstrengungen im Bereich Klimaschutz keineswegs ausreichend sind.
- 34 – darauf zu achten, dass die ersten Abschaltungen von Kraftwerken tatsächlich bis spätestens
35 2022 erfolgen.
- 36 – Jegliche Entschädigungszahlung bei Schließung von Kohlekraftwerken kritisch zu begleiten.
- 37 – der Kohleausstieg ist dabei sozialverträglich zu begleiten. Das Ausstiegsdatum wird davon
38 nicht berührt.

39

40 **Begründung:**

41

42 Der Klimawandel ist bei uns angekommen. Auch in Nordeuropa brennen bereits im April die Wälder,
43 ein weiterer Jahrhundertsommer steht bevor, vermutlich ein Jahrhundertsommerjahrzehnt. Das
44 Bedauern über die Versäumnisse der letzten 50 Jahre, bringt uns hier nicht weiter. Gerade als Sozial-
45 demokraten müssen wir uns programmatisch ernsthaft mit dem Klimaschutz auseinandersetzen,
46 denn die Klimafrage ist vor allem auch eine soziale Frage. Die von den zu ergreifenden Maßnahmen
47 gefährdeten Arbeitsplätze dürfen für uns kein Grund sein, das Notwendige und Richtige nicht zu tun.
48 Vielmehr müssen wir Konzepte für einen sozialen Strukturwandel entwickeln, der den Menschen
49 gerecht wird - nicht den Konzernen. Ein Kohleausstieg bis 2030 ist nach eingängiger wissenschaftlicher
50 Meinung die einzige Möglichkeit unsere Klimaziele bis 2030 zu erreichen.

51

52

01 Die Entschädigungen für Kraftwerksbetreiber sind in Maßen zu halten, denn ihre Kraftwerke würden
02 auf Grund des Emissionshandels sowieso unwirtschaftlich und wenig bis gar nicht rentabel. Hier soll-
03 te noch einmal genau geprüft werden, welche Schließungen überhaupt mit Entschädigungen ver-
04 bunden werden sollten.

05
06 Darüber hinaus ist von den zuständigen Ministerien (allen voran dem Bundesumweltministerium)
07 genau zu überwachen, dass das Strukturwandelgesetz nicht den Kohleausstiegsmaßnahmen voraus-
08 eilt. Hier gilt es insbesondere Steuerverschwendung zu vermeiden und Transparenz zu schaffen, um
09 vor Ort und im Rest der Republik, die vom Strukturwandelgesetz nur sekundär betroffen sind und vor
10 allem die hohe Belastung des Staatshaushalts sehen, Vertrauen und Verständnis zu schaffen. Vorrang-
11 ig sollen hier Maßnahmen unterstützt werden, die eine umweltfreundliche und nachhaltige Ent-
12 wicklung der Regionen fördern (z.B. Ausbau des Schienenverkehrs vorrangig vor Straßenverkehr).

13
14
15

16 **Antrag 7/II/2019**

17 *Abteilung 98 (Wilmersdorf-Nord)*

18

19 *Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf hat beschlossen:*

20 *Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:*

21 *Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:*

22

23 **Steuerliche Bevorzugung des Luftverkehrs beenden!**

24

25 Der innerdeutsche Luftverkehr wächst. Dies ist mit enormen CO2-Emissionen verbunden. Dieser
26 Entwicklung muss entgegengewirkt werden, um die klimaschädlichen Treibhausemissionen einzu-
27 dämmen. Nahezu absurd mutet es da an, dass der Flugverkehr noch immer steuerlich begünstigt
28 wird, in dem die Kerosinsteuer für Flugbenzin ausgesetzt wird. Dies führt unter anderem dazu, dass
29 innerdeutsche und innereuropäische Flugreisen für die Verbraucher günstiger sind als Bahnreisen.
30 Dies ist nicht nur verkehrs- und umweltpolitischer Irrsinn, es ist auch ein Wettbewerbsvorteil der
31 Flugindustrie gegenüber anderen Verkehrsunternehmen (insbes. der Bahn), der durch nichts mehr zu
32 rechtfertigen ist.

33

34 Wir fordern daher:

- 35 – Die Aufhebung der steuerlichen Privilegierung von Flugbenzin bei Inlandsflügen. Eventuelle
36 Mehreinnahmen sollen dem Erhalt und Ausbau der Deutschen Bahn zugeführt werden.
- 37 – Eine Initiative zu einer angemessenen steuerlichen Belastung von Flugbenzin in Europa.
- 38 – Konzepte zu erarbeiten, wie internationalen Verträge (Chicagoer Abkommen) nachzuverhan-
39 deln sind, sodass in Zukunft auch auf außereuropäische Flüge eine Steuer erhoben werden
40 kann.

41

42 **Begründung:**

43

44 Auf Grund internationaler Abkommen (Chicagoer Abkommen von 1944) ist es zur Zeit nicht möglich
45 eine Kerosinsteuer auf internationalen Flügen zu erheben. Dieses Abkommen betrifft jedoch nicht
46 die Inlandsflüge. Dies hat das Bundesumweltamt bereits im Jahr 2005 in einem Konzept zur Einfüh-
47 rung einer Kerosinsteuer nachgewiesen (unter dem Titel: „Möglichkeiten der Einführung einer Kero-
48 sinsteuer auf innerdeutschen Flügen“ Forschungsbericht 363 01 091).

49

50 Dieses Konzept fordert im Wesentlichen das Aufheben der Steuerbefreiung für Kerosin im Luftver-
51 kehr auf innerdeutschen Flügen. Flugbenzin, das in Deutschland für innerdeutsche Flüge getankt
52

01 wird, würde dann einer Steuerpflicht unterliegen. Um zu vermeiden, dass Fluggesellschaften deshalb
02 im Ausland steuerfrei tanken, müsste neben der Bezugssteuer auch eine Verbrauchssteuer einge-
03 führt werden. Diese würde lediglich auf das mit dem Flugzeug eingeführte Kerosin erhoben werden.
04 Die Fluggesellschaften wären zu einem Nachweis des Verbrauchs verpflichtet, aus dem sich dann die
05 Höhe der Steuerlast ergibt.

06
07 Die Bundesumweltministerin wird dazu aufgefordert auf Basis des Konzepts des Bundesumweltamts
08 die Erarbeitung einer nationalen Kerosinsteuer durchzuführen. Zu erweitern wäre dieses Konzept
09 dahingehend, dass es in naher Zukunft die Möglichkeit geben könnte alternative Brennstoffe mit
10 einem deutlich geringeren CO₂-Ausstoß zu entwickeln. Diese alternativen Brennstoffe könnten
11 durchaus einer steuerlichen Begünstigung unterliegen, sofern dadurch nicht ein erneuter Wettbe-
12 werbsvorteil ausschließlich eines einzigen Verkehrsmittels besteht. Darüber hinaus wird die Bundes-
13 umweltministerin aufgefordert die europäischen Bemühungen (z.B. aus Belgien) eine EU-weite Steuer
14 auf Flugreisen zu erheben zu unterstützen und voranzutreiben.

15
16 Die Parteiführung wird dazu aufgefordert hier unser programmatisches Profil in Vorbereitung auf die
17 nächste Bundestagswahl zu schärfen und eindeutige Positionen in Form von Konzepten und konkre-
18 ten Forderungen und nicht von Bekenntnissen für das nächste Wahlprogramm zu erarbeiten.

19
20 Ziel einer sinnvollen und klimafreundlichen Verkehrspolitik kann nicht die Erhöhung des Flugauf-
21 kommens sein. Insbesondere im innerdeutschen Verkehr sollte die Schiene das bevorzugte Ver-
22 kehrsmittel sein, um Umweltschäden zu verringern. Zur Zeit ist es aber so, dass ein Flug von Köln
23 nach Berlin oft billiger ist, als das Zugticket. Durch die fehlende Kerosinsteuer kommt es hier zu einer
24 Wettbewerbsverzerrung mit erheblichem Schaden (Umwelt, Klima) für die Allgemeinheit.

25
26
27

28 **Antrag 8/II/2019**

29 *Abteilung 76 (Rund um den Karl-August-Platz)*

30

31 *Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf möge beschließen:*

32 *Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:*

33 *Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:*

34

35 **Spenden statt Schreddern – Die Bundesregierung erlässt eine Spendenpflicht für unverkäufliche, 36 funktionstüchtige Neuware**

37

38 Für Unternehmen ist es aufgrund der Regelung zum Vorsteuerabzug billiger, Waren zu vernichten, als
39 sie zu spenden. Deswegen muss § 3 (1b) des Umsatzsteuergesetzes zugunsten von Sachspenden an
40 gemeinnützige Einrichtungen verändert bzw. erweitert werden. Dabei ist sicherzustellen, dass die
41 Sachspenden im Inland bleiben. Es kann nicht angehen, dass weiterhin jede unentgeltliche Zuwen-
42 dung eines Gegenstandes einer Lieferung gegen Entgelt gleichgestellt wird, es muss eine Ausnahme
43 geben. Daher sollte ein Gesetz auf den Weg gebracht werden, das Firmen zum Spenden funktions-
44 tüchtiger Neuware an gemeinnützige Einrichtungen in Deutschland verpflichtet, unterfüttert von
45 Steuerfreiheit dafür. Dass das geschredderte Plastik – wie es z.Z. praktiziert wird – als Rohstoff in der
46 Produktion z.B. von Blumentöpfen einer Verwertung zugeführt wird, reicht nicht aus, diese Art der
47 Ressourcenverschwendung zu stoppen.

48

49 Zusätzlich zu diesen Maßnahmen muss das kostenfreie Zurückschicken von Waren gesetzlich stark
50 eingeschränkt werden, da nicht nur die Herstellung der Waren, sondern auch ihr Transport Klima-

51

52

01 schädlich ist und der sich stark ausweitende Online-Handel prekäre Arbeitsverhältnisse in der Logis-
02 tik-Branche nach sich zieht.

03
04 Das Zurückschicken von Waren darf nur in einem begrenzten Zeitraum und in begrenzten Mengen
05 möglich sein. Langfristig bedarf es aber eines Umdenkens im Konsumverhalten. Ein öffentliches Ver-
06 ständnis für die Folgen von Konsum muss hergestellt werden.

07 08 **Begründung:**

09
10 Im Handel, vor allem aber bei Onlinehändlern wie Amazon, werden massenhaft Retouren und ein-
11 wandfreie Lagerbestände vernichtet: Staubsauger, Faxgeräte, Computer, Wasserkocher, Toaster,
12 Bügeleisen, Kühlschränke und vieles mehr. Nur 70 Prozent der umgetauschten Waren im gesamten
13 Onlinehandel werden weiterverkauft. D.h. rund ein Drittel der Waren landen im Müll. Pro Jahr seien
14 es mehr als 250.000 Pakete, die Verbraucher zurück zum Absender schicken, berichteten „Wirt-
15 schaftswache“ und das ZDF-Magazin „Frontal 21“. Eine Amazon-Mitarbeiterin sagte, sie allein habe
16 pro Schicht Waren im Wert von rund 23.000 Euro vernichtet. Retouren, die nicht mehr als A-Ware in
17 den Verkauf können, vernichten mehr als die Hälfte der Onlinehändler direkt. Umgetauschte Klei-
18 dung sei in der Aufbereitung häufig teurer als in der Herstellung und lande deswegen in der Müllver-
19 brennungsanlage. Angesichts der riesigen Probleme, die wir mit dem Klima- und dem Umweltschutz
20 sowie mit der Energieversorgung haben, ist diese Ressourcenverschwendung nicht hinnehmbar.

21
22 Amazon unterhält elf Logistikzentren. Wer seine Waren auf dem Amazon-Marktplatz anbietet, kann
23 sie gegen Gebühr dort lagern und die gesamte Logistik Amazon überlassen. Je länger die Waren in
24 den Regalen liegen, desto teurer wird die Lagergebühr: monatlich 26 Euro, nach einem halben Jahr
25 500 Euro, nach einem Jahr 1000 Euro. Um diese Kosten zu sparen, entscheiden sich viele Händler
26 dafür, die Ladenhüter entsorgen zu lassen. Ein Service, den Amazon ebenfalls für seine externen
27 Händler übernimmt. Bei einer Spende aber greift § 3 (1b) UStG. Sachspenden bewertet das Finanz-
28 amt wie Umsatz. Zerschreddert aber verliert die Ware ihren Wert und ist steuerfrei. Das muss geän-
29 dert und mit einer Pflicht zum Spenden an gemeinnützige Einrichtungen gekoppelt werden.

30

31

32

33 **Antrag 9/II/2019**

34 *Abteilung 76 (Rund um den Karl-August-Platz)*

35

36 *Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf hat beschlossen:*

37 *Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:*

38 *Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:*

39

40 **Investitionen in den Schienenverkehr**

41

42 Die Bundesregierung plant in jedem Haushalt für den Schienenverkehr Mittel aufgrund folgender
43 Kriterien ein:

44

- 45 1. Die Sicherheit von Fahrgästen und Personal ist zu gewährleisten.
- 46 2. Nicht nur der Fernverkehr, auch die Bedienung der Fläche ist zu verbessern.
- 47 3. Gleis- Rangieranlagen des Güterverkehrs sind zu modernisieren.
- 48 4. Die Pünktlichkeit der Züge ist zu erhöhen.
- 49 5. Die Organisation der Verwaltung der Deutschen Bahn ist modernen Erfordernissen anzupas-
50 sen.

51

52

01 **Begründung:**

02
03 Im Jahr 2002 verzeichnete die Bahn 1,65 Milliarden Reisende, 2017 waren es 2,1 Milliarden. Das ent-
04 spricht einem Zuwachs von 30 Prozent. Knapp 400.000 Menschen sind Tag für Tag in den Sorgenkin-
05 dern IC und ICE unterwegs. Auch die Bedienung der Fläche ist in den vergangenen Jahren immer wei-
06 ter ausgedünnt worden. Eine aus Umweltgründen dringend erforderliche Verlagerung des Güterver-
07 kehrs von der Straße auf die Schiene hat nicht stattgefunden, eher im Gegenteil.

08
09 **zu 1.:**

10 Um die Sicherheit von Fahrgästen und Personal zu gewährleisten sind ein Ausbau des Schienennetzes
11 und die Modernisierung der Signalanlagen erforderlich. Die Gleislänge in Kilometern ist um 9,4%
12 gesunken: 2002 gab es 35.804 Kilometer Schiene, 2017 waren es nur noch 33.488. Die Funktionsfä-
13 higkeit des Netzes lässt zu wünschen übrig.

14
15 Unfälle sind deshalb weiterhin nicht ausgeschlossen. Im Februar 2014 kollidierte ein Güterzug der
16 privaten niederländischen ERS kurz vor der Einfahrt in den Hauptbahnhof Mannheim mit einem aus
17 Graz kommenden Eurocity; 35 Menschen wurden verletzt, vier von ihnen schwer. Zwei Jahre später
18 stießen zwei Meridian-Personenzüge auf der eingleisigen Strecke Holzkirchen – Rosenheim bei Bad
19 Aibling frontal zusammen, 12 Fahrgäste starben, 89 wurden teils schwer verletzt. Im Mai vergange-
20 nen Jahres fuhr auf der – ebenfalls eingleisigen – Strecke Ingolstadt – Augsburg im Bahnhof Aibach
21 ein Regionalzug (BRB) auf einen stehenden Güterzug der DB Cargo auf. Zwei Tote, 13 Verletzte.

22
23 Diese Unfälle sind keine Zufälle, sondern Ergebnisse der Tatsache, dass sich viele Bahnhöfe und Tras-
24 sen in marodem Zustand befinden. „Per Hebel und Stahlzeilzug werden nicht selten Signale aus
25 Großvaters Zeiten bedient“ (SZ – 6.5.19, S. 4), nur rund 600 von 1.200 Stellwerken sollen moderni-
26 siert werden. Die Fahrdienstleiter trifft nur bedingt Schuld, modernste Technik, die vorwiegend in
27 Fernstrecken zum Einsatz kommt, hätte ihre Fehlleistungen kompensieren und viel Leid verhindern
28 können.

29
30 **zu 2.:**

31 Zwar will die Bahn in diesem Jahr ihr Streckennetz erneuern (SZ – 20.2.19, S. 19), 1.500 Kilometer
32 Gleise sollen saniert, mehr als 300 Brücken und rund 650 Bahnhöfe erneuert werden, 10,7 Milliarden
33 Euro sind dafür vorgesehen, allerdings nur für die Fernstrecken, sicherlich ein Beitrag zur Eindäm-
34 mung der Straßen- und inländischen Flugverkehrs, das Schienennetz in der Fläche jedoch hat weiter-
35 hin das Nachsehen. Stillgelegte Verbindungen werden nicht reaktiviert, geschlossene Haltepunkte
36 nicht wieder eröffnet, Bahnhöfe – soweit noch am Leben - nur noch „bei Bedarf“ bedient. Wer kann,
37 zieht weg, Leerstände noch preisgünstiger Wohnungen sind die Folge, Ärzte geben auf, Ortsämter,
38 Sparkassen und Supermärkte schließen, Zurückbleibende – meist ältere Menschen – sind mangels
39 leistungsfähigen ÖPNV auf das eigene Auto angewiesen. Wen wundert’s, dass viele sich abgehängt
40 fühlen und politisch ihr Heil bei populistischen Betrügnern suchen.

41
42 Hier könnte die Bahn als staatliches Unternehmen durch kluge – freilich erhöhte – Investitionen ei-
43 nen signifikanten Beitrag zum Schutz des Klimas und der Umwelt, zur Linderung der Wohnungsnot
44 und zum sicheren Reisen von A nach B leisten. Ein ermutigendes Signal insoweit ist die regelmäßige
45 Verbindung zwischen Luckenwalde und Berlin. Warum nicht mehr davon?

46
47 **zu 3.:**

48 Bisher ist der Transport von Gütern auf der Schiene in Deutschland rückläufig: 2002 waren es noch
49 278 Millionen Tonnen, 2017 nur noch 271. Zu modernisieren sind die Gleis- und Rangieranlagen,
50 sollte die Bahn ernsthaft vorhaben, der Straße mehr Transporte abspenstig zu machen. Viel zu tun ist
51 auf der größten Rangieranlage Europas in Maschen bei Hamburg. Beschäftigte dort können ein Lied
52

01 davon singen. Sie klagen über fehlende Informationen bezüglich der Länge von Überholgleisen auf
02 den vorgesehen Strecken von Güterzügen, so dass sie deren Länge nicht korrekt bestimmen können.
03 Geradezu grotesk ist es, wenn Güterzüge vor Grenzübergängen auf deutscher Seite mangels Elektrifi-
04 zierung mit Diesellok anrollen, letztere zeitaufwendig entkoppelt werden muss, damit der Zug auf
05 der anderen Seite elektrifiziert weiterrollen kann. Außerdem fehlen an den Standorten Lokführer
06 zum Wenden der Züge, so dass immer wieder ICEs mit „geänderter Wagenreihung“ anrollen und
07 Passagiere ihre reservierten Plätze nicht finden.

08
09 zu 4.:
10 Sicherlich ist der Mischverkehr, die gemeinsame Nutzung des Gleisnetzes durch City- und Intercityzü-
11 ge und Güterzüge, zu beenden. In Japan und Frankreich ist das kein Thema, wohl aber in Deutsch-
12 land, wo leider eine gegenteilige Tendenz zu beobachten ist (SZ – 11.3.19, S.17) Als Sofortmaßnahme
13 käme eine Verkürzung der Güterzüge oder eine Verlängerung der Abstellgleise, auf denen DB – Cargo
14 – Schlangen auf Überholungen durch Fernzüge warten, in Betracht. Der oft zu Verspätungen führen-
15 de Stau auf den Fernstrecken durch zu langsam fahrende Güterzüge, denen nur unzureichende War-
16 tgleise zur Verfügung stehen, muss aufhören.

17
18 zu 5.:
19 Bis heute wird darüber gestritten, ob die „Bahnreform“ von vor mehr als 20 Jahren eine Erfolgsstory
20 ist. Indes: Es spricht nicht viel dafür. Die zwecks Vorbereitung der Privatisierungsmanie erfolgte Auf-
21 teilung des Unternehmens in eigenständige Gesellschaften für das Netz, den Fern- und Nahverkehr
22 sowie die Bahnhöfe hat zu zeitraubenden Abstimmungsprozessen im Unternehmen geführt. „Das
23 Personal an den Bahnhöfen weiß oft nicht, was Leitstellen irgendwo im Land entscheiden“ (SZ –
24 29.3.19, S. 4)

25
26 Will die Bahn den vielfältigen Herausforderungen der modernen Welt wirksam begegnen, als öffent-
27 liches Unternehmen eine Garantin werden für Klima- und Umweltschutz, sicheres und komfortables
28 Reisen, den zuverlässigen Transport von Gütern und das erfolgreiche Einwerben der dafür notwendi-
29 gen finanziellen Mittel, so muss sie ihr strukturelles Problem unverzüglich lösen. Schon aus diesem
30 Grunde ist eine grundlegende Veränderung der politischen Verantwortlichkeit in unserem Lande
31 erforderlich.

32
33
34

35 **Antrag 10/II/2019**

36 *Abteilung 98 (Wilmersdorf-Nord)*

37
38 *Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf hat beschlossen:*
39 *Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:*
40 *Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:*

41
42 **Kommunale Finanzen sichern. Keine Länderöffnungsklausel – Grundsteuerreform zügig auf den**
43 **Weg bringen und Flickenteppich vermeiden!**

44
45 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und der Bundestagsfraktion
46 auf, unverzüglich die verfassungsrechtlich notwendige Reform der Grundsteuer auf der Basis des
47 vorliegenden Gesetzentwurfes des Bundesministeriums der Finanzen umzusetzen.
48 Dabei ist, wie bisher vorgesehen, den Ländern die Möglichkeit zur Erhebung einer Grundsteuer C
49 einzuräumen.

50
51 Die vom Land Bayern geforderte Öffnungsklausel für die Länder lehnen wir ab.

52

01 **Begründung:**

02
03 Der vorliegende Entwurf zur Reform der Grundsteuer wurde vom Bund mit den Ländern entwickelt
04 und wird von der überwiegenden Zahl der Länder sowie von allen kommunalen Spitzenverbänden
05 unterstützt. Der Gesetzentwurf sieht ein wertabhängiges Modell vor, das wertvolle Grundstücke
06 höher, weniger wertvolle Grundstücke niedriger besteuert. Der Gesetzentwurf sichert die kommunalen
07 Einnahmen, hat die bei weitem größte politische Unterstützung und entspricht dem Gerechtigkeitsempfinden
08 der Bürgerinnen und Bürger. Der Entwurf muss darum Grundlage der Reform sein.
09

10 Sollte es nicht gelingen, die Grundsteuerreform nach den Vorgaben des Verfassungsgerichts bis Ende
11 2019 zu verabschieden, fallen bundesweit Grundsteuereinnahmen der Kommunen von rund 14,8
12 Milliarden Euro jährlich weg. Die Einnahmen aus der Grundsteuer sind die drittgrößte Finanzierungs-
13 quelle der Städte und Gemeinden, die nicht in anderer Weise kompensiert werden können. Die Fi-
14 nanzierungsbasis der kommunalen Selbstverwaltung steht auf dem Spiel.
15

16 Überlegungen zu einer Öffnungsklausel für die Länder sind abzulehnen.

17
18 Eine Öffnungsklausel für die Grundsteuer führte schon in wenigen Jahren zu einem Flickenteppich
19 von bis zu sechzehn unterschiedlichen Grundsteuersystemen in Deutschland.
20

21 Es entstünde ein Bürokratiemonster, das einen wichtigen Standortfaktor in Deutschland – die Bun-
22 deseinheitlichkeit des Steuerrechts - gefährden und sich als Einladung zu einem Unterbietungswett-
23 kampf darstellen würde. Die Öffnungsklausel weist zudem erhebliche verfassungsrechtliche Unwäg-
24 barkeiten und daher unkalkulierbare Risiken für die kommunale Finanzausstattung auf.
25

26
27

28 **Antrag 11/II/2019**

29 *Abteilung 76 (Rund um den Karl-August-Platz)*

30

31 *Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf hat beschlossen:*

32 *Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:*

33

34 Wir lehnen die Verankerung der Schuldenbremse in der Berliner Verfassung ab.

35

36 Stattdessen sollte sich die SPD Berlin beim Bund dafür einsetzen, dass die Erfüllung der Investitions-
37 regeln beim Ausbleiben ausreichend hoher Steuereinnahmen im Zweifelsfall auch über Verschuldung
38 erfolgen muss.
39

40 **Begründung:**

41

42 Die Berliner SPD hat die Schuldenbremse abgelehnt. Dafür gab es gute Gründe. Schmerzlich musste
43 Berlin und seine Bevölkerung in letzten Jahren erfahren, dass die Schuldenbremse zu einer Kaputt-
44 Sparpolitik geführt hat, mit weitreichenden Konsequenzen für die öffentliche Daseinsvorsorge und
45 die Handlungsfähigkeit des Landes und der Bezirke. Personalmangel und ein großer Investitionsstau,
46 aber auch Privatisierungen, Ausgliederungen und Ausweitung prekärer Arbeit wurden mit den Anfor-
47 derungen der Schuldenbremse begründet.
48

49 Berliner Sozialdemokrat*innen engagieren sich mit Initiativen für mehr Personal in den Krankenhäu-
50 sern, an den Schulen, in der Verwaltung für ausreichende Investitionen in die soziale Infrastruktur,
51 sowie zur Bekämpfung prekärer Arbeit, d.h. dafür, dass Zeichen gegen diese Austeritätspolitik gesetzt
52

01 werden. Mit der geplanten Verankerung der Schuldenbremse in die Berliner Verfassung wird das
02 gegenteilige Signal gegeben.

03
04 Gerade in einer Zeit, in der die Schuldenbremse besonders von Gewerkschaften in Frage gestellt
05 wird, wäre jetzt eine Veränderung der Berliner Verfassung, um die Schuldenbremse aufzunehmen,
06 ein falsche politische Weichenstellung.

07
08 Es kann heute nur darum gehen, die Handlungsfähigkeit des Staates und die Öffentlichen Daseinsvor-
09 sorge wiederherzustellen. So fordert der SOS-Ruf des bundesweiten Aktionsbündnisses von 70 hoch-
10 verschuldeten Kommunen "Für die Würde unserer Städte" endlich eine Altschuldenhilfe, um ihre
11 Handlungsfähigkeit wiederherzustellen: „Hätten Bund und Länder dafür bezahlt, was sie bei uns be-
12 bestellt haben, wären wir schuldenfrei“, erklären die Oberbürgermeister, Bürgermeister...auf ihrer
13 Pressekonferenz am 4. April 2019. Sie kämpfen für das „Raus aus der Schuldenfalle“. Die Folge des
14 Abbaus der kommunalen Leistungen sei es, dass sich „viele Bürger von unserer Demokratie abwen-
15 den und nicht mehr an den Wahlen beteiligen“.

16
17 Der Streit im Berliner Senat, ob es eine harte oder eine „gute“ Schuldenbremse in der Berliner Ver-
18 fassung geben soll, hilft nicht weiter. Das Problem ist die Schuldenbremse an sich.

22 **Antrag 13/II/2019**

23 *Abteilung 76 (Rund um den Karl-August-Platz)*

24
25 *Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf hat beschlossen:*

26
27 **Der Kreisvorstand wird aufgefordert, ein Kreisforum mit Kevin Kühnert zum Begriff „Demokrati-
28 scher Sozialismus“ unter Berücksichtigung der heutigen Probleme zu organisieren.**

30 **Begründung:**

31
32 In einem Interview mit der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ hat der Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert ver-
33 sucht, die Frage zu beantworten, was für ihn Sozialismus heißt. Das Interview hat zu weitreichenden
34 Reaktionen geführt, auch innerhalb unserer Partei. Besonders die Aussage, es sei weniger wichtig, ob
35 am Klingelschild von BMW >staatlicher< oder >genossenschaftlicher< Automobilbetrieb steht oder
36 ob das Kollektiv entscheidet, dass es BMW in dieser Form nicht mehr braucht“ hat heftige Reaktio-
37 nen ausgelöst, nicht nur bei politischen Gegnern. Auch die Feststellung, Wohnen sei ein Grundbe-
38 dürfnis, jeder solle maximal den Wohnraum besitzen, „in dem er selber wohnt“, hat heftige Reaktio-
39 nen ausgelöst.

40
41 Unser „Hamburger“ Grundsatzprogramm vom 28.10.2007 widmet – im Gegensatz zum Godesberger
42 Programm vom November 1959 – dem Begriff nur wenige Zeilen. Der Zusammenbruch des „real exis-
43 tierenden Sozialismus“ habe die Idee des demokratischen Sozialismus nicht widerlegt, sondern ...
44 eindrucksvoll bestätigt. Deshalb bleibe der demokratische Sozialismus für die Partei „die Vision einer
45 freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, deren Verwirklichung ... eine dauernde Aufgabe“ sei
46 (S. 16/17). Das jedoch reicht angesichts von Klimakatastrophe, weltweiter Migration, Kriegsgefahr,
47 Wohnungsnot und Digitalisierung nicht mehr aus.

48
49 Hinzu kommt, dass die Implosion der verharschten Machtpyramide „UdSSR“ und ihrer Satelliten in
50 Osteuropa im Kapitalismus die Illusion hervorgerufen hat, er sei jetzt ohne Konkurrenz, und er könne
51 jetzt so richtig Gas geben. Heraus kommen Gesellschaften, in denen Einkommen und Vermögen sich

52

01 immer weiter in die Spitze verlagern, Egoismus und Nationalismus Triumphe feiern, Rechtsstaat und
02 Demokratie auch in Europa abgebaut werden. Die jüngsten Vorgänge in Österreich sind keine „Singu-
03 larität“, sondern das Wesen des Populismus – überall in Europa und in der Welt.

04
05 Dem ist endlich ein klares Bild von Menschlichkeit und Empathie entgegenzusetzen – nicht nur durch
06 Worte, sondern auch durch Taten. Dazu sind nicht nur gute Absichten, sondern auch Opfer erforder-
07 lich, v. a. von denen, die etwas geben, besser zurückgeben müssen. Beispiele: Das Klima ist nur durch
08 schnellsten Ausstieg aus der Kohle zu retten, die Migration durch faire Handelsverträge mit Afrika
09 und anderen einzuschränken, die Kriegsgefahr durch rigorosen Stopp von Waffenlieferungen in
10 Spannungs- und Kriegsgebiete zu verringern, die Wohnungsnot durch Rückerwerb veräußerter Woh-
11 nungen zu vertretbaren Bedingungen durch Staat und Kommunen Schritt für Schritt zu mildern, der
12 Digitalisierung durch Forschung, Bildung und deren Anwendung in Form der Förderung neuer Jobs zu
13 steuern. Dazu sind dem Staat die nötigen Mittel zu verschaffen; durch rigorosen Kampf gegen Steu-
14 erdumping, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung – auch und gerade innerhalb Europas.

15
16 Es handelt sich um eine Gratwanderung, Widerstände sind programmiert, Versuchungen, verfas-
17 sungsgemäße Rechte nicht so genau zu beachten, groß. Entschädigungslose Enteignungen haben den
18 Sozialismus historisch diskreditiert, sie kann es nicht geben gemäß Art. 15 i. V. m. Art. 14 Abs. 3 Satz
19 3 des Grundgesetzes, der besten Verfassung, die es in Deutschland je gegeben hat. Deshalb erweckt
20 auch eine „Kollektivierung“ von Unternehmen wenig Vertrauen. Es ist sehr wohl wichtig, was auf
21 dem Klingelknopf von BMW steht. Wer ist das „Kollektiv“, das die Verteilung der „Profite demokra-
22 tisch kontrolliert“? Nicht zuletzt: Wie sehen Städte und Gemeinden aus, in denen „jeder maximal den
23 Wohnraum besitzt, in dem er selbst wohnt“?

24
25 Es ist höchste Zeit, darüber zu diskutieren, welche Konsequenzen die Parteien aus dem Sozialstaats-
26 gebot des Artikels 20 des Grundgesetzes angesichts der besorgniserregenden Entwicklung ziehen; sie
27 sollten den Diskurs darüber nicht den Populisten überlassen.

28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52